Bundesamt für Strahlenschutz: Bevölkerung sitzt auf Nuklearrisiko!

Salzgitter: BfS-Präsidentin fordert mehr Katastrophenschutz-Übungen zur Vorbereitung der Bevölkerung auf nukleare Notfälle.

Salzgitter, Deutschland - Inmitten wachsender Sorgen um nukleare Sicherheitsrisiken in Europa fordert das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in Katastrophenschutzübungen. Die Präsidentin, Inge Paulini, betont, dass nur etwa 22 Prozent der Bevölkerung wissen, wie sie sich im Falle eines nuklearen Notfalls verhalten sollten. In einem aktuellen Interview erklärte sie, dass das BfS mehr Wissen über Selbstschutzmaßnahmen vermitteln möchte, um das Vertrauen der Menschen in Krisensituationen zu stärken. „Die Zeitenwende beschränkt sich nicht auf das Militärische – sie muss auch für den Zivilschutz gelten“, sagte Paulini und forderte geeignete Mechanismen zur Sensibilisierung der Bevölkerung.

Dringender Handlungsbedarf

Die öffentliche Wahrnehmung nuklearer Bedrohungen hat in den letzten Monaten im Kontext des Ukraine-Kriegs erheblich zugenommen. Laut einer Studie, die am Donnerstag vorgestellt wurde, sind 63 Prozent der Befragten besorgt über die Möglichkeit eines Unfalls mit radioaktiver Belastung. Besonders ältere Menschen und Frauen haben große Angst vor einem solchen Vorfall. Paulini hob hervor, dass die Anzahl der Anfragen an das BfS in den letzten Wochen stark angestiegen sei, was auf ein erhöhtes Bedürfnis nach Informationen hindeutet. Eine deutliche Mehrheit von 75 Prozent glaubt, dass Deutschland auf

einen nuklearen Unfall unzureichend vorbereitet ist, und nur 13 Prozent würden sich im Ernstfall an staatliche Stellen wenden, um Informationen zu erhalten.

Die steigenden Ängste sind eine direkte Folge der aggressiven Rhetorik und der militärischen Aktivitäten in der Ukraine. Ein möglicher Atomunfall oder sogar ein gezielter Angriff auf Atomkraftwerke hat die Bevölkerung in Alarmbereitschaft versetzt, wie **Tagesspiegel** berichtet. Angesichts dieser Beklemmungen wird laut Paulini eine umfassende Krisenkommunikation zwischen den staatlichen Stellen und der Bevölkerung als essenziell angesehen. Das BfS hat daher Maßnahmen angekündigt, um die Informationspolitik zu verbessern und die Bürger aktiv in Notfallübungen einzubeziehen, um ihre Fähigkeiten und das Wissen zum Selbstschutz zu stärken. „Es ist entscheidend, sich erst zu informieren und dann zu handeln“, so Paulini.

Für die Zukunft sind verstärkte Bildungsinitiativen geplant, die nicht nur auf reaktive, sondern auch auf proaktive Vorbereitung der Bevölkerung abzielen. Der Appell ist klar: Die Gesellschaft braucht mehr Wissen über nukleare Strahlung und potenzielle Gefahren, um im Ernstfall gewappnet zu sein, wie auch **Made in Bocholt** feststellt.

Details	
Vorfall	Notfall
Ort	Salzgitter, Deutschland
Quellen	• **madeinbocholt.de** • **www.tagesspiegel.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at